Anna Kern

Identifikation mit politischen Parteien und Demokratiezufriedenheit: Eine Längsschnittanalyse zum Einfluss von Parteiidentifikation in Deutschland

Politische Vierteljahresschrift, forthcoming

© *Politische Vierteljahresschrift*

Zusammenfassung: Politische Parteien stellen ein Bindeglied zwischen Bürgern und Staat dar, allerdings nimmt der Anteil parteigebundener Bürger in Deutschland seit Jahren ab. Dabei ist wenig darüber bekannt, welche Bedeutung diese Entwicklung für die Einstellungen der Bürger im Hinblick auf das Parteiensystem und die Demokratie im Allgemeinen hat. Mithilfe einer Längsschnittanalyse der Daten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) wird in dieser Studie untersucht, ob sich der Einfluss von Parteiidentifikation auf die Zufriedenheit mit der Demokratie im Zeitraum von 23 Jahren (1987-2010) verändert hat. Die Ergebnisse zeigen, dass der Einfluss von Parteiidentifikation auf Demokratiezufriedenheit in diesem Zeitraum stärker wurde. Dabei stellt sich jedoch heraus, dass dieser Zusammenhang davon abhängig ist, ob sich der parteigebundene Bürger mit einer Regierungspartei identifiziert.

Schlüsselwörter: Parteiidentifikation, Demokratiezufriedenheit, demokratische Legitimation, Wandel

Anna Kern

Party Closeness and Satisfaction with Democracy: A Longitudinal Analysis on the effects of partisanship in Germany

Politische Vierteljahresschrift, forthcoming

© *Politische Vierteljahresschrift*

Abstract: Political parties provide an attitudinal linkage between citizen and the state, but in Germany, partisan ties are weakening. We know little about what this decline implies for citizens' attitudes towards the party system and democracy more generally. Relying on data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), a longitudinal multilevel analysis was conducted to investigate whether the effect of partisanship on satisfaction with democracy has changed over a period of 23 years (1987-2010). The results show that the effect of party attachments on satisfaction with the functioning of democracy has strengthened. However, it also shows that the link between partisan ties and satisfaction with democracy depends on whether citizens support winners of the electoral competition.

Key words: Partisanship, Satisfaction with Democracy, Democratic Legitimacy, Change

1. Einleitung¹

Politische Parteien spielen eine Schlüsselrolle in modernen Demokratien, da sie ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgern einerseits und den politischen Institutionen und Eliten andererseits darstellen. Parteien mobilisieren die Bürger wählen zu gehen, sie vermitteln ideologische Anhaltspunkte, die es den Bürgern erlauben, politische Themen, Argumente und Positionen zu verstehen (Dalton et al. 2011; Rudzio 2011; Schmidt 2007) und sie beeinflussen die Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System (Dennis u. Owen 2001). Daher ist die Parteiidentifikation (PI) nicht nur von wesentlicher Bedeutung für die Bürger selbst, sondern auch für das erfolgreiche Funktionieren der politischen Ordnung (Campbell et al. 1960; Hibbing u. Theiss-Morse 1999). Die PI fördert nicht nur die Unterstützung einer bestimmten politischen Partei, eines Themas, eines politischen Beschlusses oder eines bestimmten Kandidaten, sondern stärkt auch allgemein die politischen Werte (Goren 2005), die demokratischen Entscheidungsprozesse (Dalton u. Wattenberg 2002; Dalton 2004) sowie das Parteiensystem (Clarke u. Stewart 1998; Dennis u. Owen 2001). Dies scheint insbesondere für die ‚Parteiendemokratie‘ Deutschland zu gelten, in der die politischen Parteien in den vergangenen Jahrzehnten ihren Einflussbereich stets erweitert haben (Gabriel et al. 1997). Jedoch gibt es in der Literatur deutliche Hinweise darauf, dass die Parteibindung in den etablierten Demokratien im Allgemeinen (Dalton 2002) und insbesondere auch in Deutschland (Arzheimer 2006; Dalton 2014, Dassonneville et al. 2012, Ohr et al. 2005) rückläufig ist. Das Augenmerk dieser Studie liegt auf dem Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit. Dabei wird untersucht, ob sich dieser Zusammenhang über die Jahre verändert hat. Die Studie trägt damit zu einem besseren Verständnis der Rolle der Parteien als Bindeglied zwischen Bürgern und Staat bei.

Im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat scheint insbesondere die PI oder Parteibindung ein wichtiges Element darzustellen. So wurde gezeigt, dass es sich bei der PI um „eines der wichtigsten Elemente im Verständnis des politischen Verhaltens [...]“ handelt (Dalton 2014, S. 134, *eigene Übersetzung*). Das Konzept „Parteiidentifikation“, wurde vor über 50 Jahren in *The American Voter* (Campbell et al. 1960) in die Literatur eingeführt und beruht auf der Annahme, dass Bürger eine langfristige psychologische Bindung zu einer politischen Partei

¹ Ich danke Marion Heizmann, Sabrina Möller, Martin Rosema, Marc Hooghe, den Teilnehmern der Sektion „Changing patterns of voting behaviour and party competition“ bei der ECPR General Conference 2014 sowie den beiden anonymen Gutachtern/innen für Kritik und Anregungen.

entwickeln. Im Wesentlichen beschreibt die PI einen Zusammenhang zwischen einem Individuum und einer Gruppe. Campbell et al. (1960, S. 121, *eigene Übersetzung*) betonen, dass die PI durch die „affektive Orientierung eines Individuums hin zu einem wichtigen Gruppenobjekt seiner Umgebung“ gekennzeichnet wird. Auch politische Parteien stellen Gruppen dar, zu denen sich individuelle Identifikationen entwickeln können. Damit handelt es sich bei der PI nicht um eine Einstellung gegenüber politischen Parteien, sondern vielmehr um eine individuelle und subjektiv wahrgenommene Mitgliedschaft in einer Gruppe (Green u. Palmquist 1990; Greene 2004). Gerade deshalb kann erklärt werden, warum Individuen die Normen und Werte internalisieren, die in ‚ihrer‘ Gruppe herrschen, und weshalb diese Normen und Werte ihre eigenen Einstellungen und ihr Verhalten prägen. Wie in der Literatur bereits ausführlich gezeigt wurde, kann dieselbe Logik erklären, weshalb Anhänger einer politischen Partei die Normen und Werte ‚ihrer‘ Partei übernehmen (Gerber et al. 2010; Greene 2004; Kelly 1988, 1989; Weisberg u. Greene 2003). Die große Mehrheit der politischen Parteien wirbt nicht nur für die Unterstützung ihrer eigenen Positionen und Kandidaten, sondern fördert auch eine positive Einstellung zum Parteiensystem und zu demokratischen Entscheidungsprozessen im Allgemeinen. Daher tendieren Parteianhänger im Vergleich zu Bürgern ohne PI eher dazu, das Parteiensystem und die politische Ordnung als solche zu unterstützen (Clarke u. Stewart 1998). Obwohl das Konzept der PI im amerikanischen Kontext entwickelt wurde und obgleich seine Übertragbarkeit auf Mehrparteiensysteme bereits vielfach diskutiert wurde (Falter 1977, Falter et al. 2000, Fuchs 1989), wurde es in der Vergangenheit als valide betrachtet und im Rahmen des deutschen Parteiensystems bereits häufig untersucht (Arzheimer 2006; Dalton 2012; Gabriel u. Westle 2012; Kroh 2011; Kroh u. Selb 2009; Ohr u. Quandt 2011; Schmitt-Beck et al. 2006; Schmitt-Beck u. Weick 2001).

In der Literatur wurde der Bedeutung, die die PI für die Bürger selbst hat, am meisten Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei hat sich gezeigt, dass die PI als Wahrnehmungsfilter dient, der es den Bürgern ermöglicht, das politische Geschehen leichter zu interpretieren (Dalton 2004, Ohr et al. 2005): die PI vereinfacht das Verarbeiten politischer Informationen und die Beurteilung und Bewertung von politischen Ereignissen. Auch die Entscheidung, ob man eine bestimmte politische Position unterstützt oder, ob man für oder gegen eine politische Entscheidung ist, wird durch die PI vereinfacht. Darüber hinaus beeinflusst die PI politische Teilhabe und stellt eine treibende Kraft für das Wahlverhalten dar (Bartels 2000, 2002; Gabriel 1997; Lewis-Beck et al. 2008; Miller 1991, Pappi u. Shikano 2002).

Neben ihrer Bedeutung für den einzelnen Bürger ist die PI auch für das politische System relevant: ausgehend von der Annahme, dass sie politisches Verhalten und politische Einstellungen prägt, trägt sie zur Bindung zwischen den Bürgern und dem Staat bei (Hooghe u. Kern 2015). Goren (2005, S. 882, *eigene Übersetzung*) beschreibt diese Funktion wie folgt: „Die Parteiidentifikation prägt etliche abstrakte Überzeugungen einer guten und gerechten Gesellschaft.“

Das Hauptaugenmerk dieser Studie liegt auf dieser zweiten Bedeutung der PI, wobei der Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit untersucht wird. Aus der Literatur geht hervor, dass Parteiidentifikationen in Deutschland „nicht nur seltener, sondern auch schwächer“ werden (Arzheimer u. Schoen 2005, S. 632). Einer der Gründe für diese Entwicklung ist, dass die größten Parteien des Landes heute viel schwächer in gesellschaftlichen Konfliktlinien und Strukturen gefestigt sind. Die traditionelle Wählerschaft der Union wurde durch die zunehmende Säkularisierung ausgehöhlt. Bei der SPD hingegen ging die Erosion der Stammwählerschaft mit dem Bedeutungsverlust der Arbeiterbewegung einher. In diesem Zusammenhang wird in dieser Studie die Hypothese aufgestellt, dass, wenn Parteibindung nachlässt und immer weniger Bürger sich einer Partei zugehörig fühlen, die übriggebliebenen Bürger sich mit einer Partei besonders verbunden fühlen und die politische Ordnung besonders stark unterstützen (Whiteley 2011). Daher wird davon ausgegangen, dass mit abnehmender PI der Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit über die Jahre immer stärker wurde. Um diese Hypothese zu testen, werden Längsschnittdaten des sozio-ökonomischen-Panels (SOEP) herangezogen. Diese Daten erlauben es, die Entwicklung des Zusammenhangs zwischen PI und Demokratiezufriedenheit über einen Zeitraum von 23 Jahren zu untersuchen (1987-2010). Der deutsche Kontext eignet sich besonders gut für eine Fallstudie dieses Zusammenhangs, denn das Grundgesetz garantiert politischen Parteien in Deutschland eine privilegierte Rolle im politischen Prozess. Darüber hinaus kam der PI für die Konsolidierung der Demokratie in Deutschland seit 1949 eine besondere Bedeutung zu (Rudzio 2011). Nichtsdestoweniger ist in Deutschland nicht nur die Anzahl der Parteimitglieder zurückgegangen (Niedermayer 2015). Vielmehr scheint auch die Anzahl derjenigen, die sich mit einer politischen Partei identifizieren, rückläufig zu sein (Arzheimer 2006; Ohr u. Quandt 2011; Schmitt-Beck u. Weick 2001).

Die vorliegende Studie ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird eine Literaturübersicht zur Parteiidentifikation und ihrer Entwicklung über Zeit gegeben. Anschließend werden die Daten des SOEP vorgestellt und das methodische Vorgehen erläutert, bevor die Ergebnisse der Analyse präsentiert werden. Die Studie schließt mit einer Diskussion und einem Fazit.

2. Parteiidentifikation als Bindeglied zwischen Bürgern und Staat

In der Literatur finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass sich politische Parteien in einer Krise befinden und in zunehmend Maße ihre wichtigste Bedeutung im repräsentativen System verlieren, nämlich ihre Fähigkeit, die Demokratie zu gestalten (van Biezen u. Poguntke 2014; Dalton u. Wattenberg 2002; Katz u. Mair 1992; Webb et al. 2002; Whiteley 2011). Trotzdem spielen Parteien nach wie vor eine wichtige Rolle bei der politischen Sozialisation von Bürgern. Sie bieten Bürgern politische Orientierung und eine Möglichkeit zur Identifikation (van Biezen 2004; Dennis u. Owen 2001; Spier et al. 2011). Ihre Aufgabe ist es, Bürgern politische Anhaltspunkte zu geben, welche wiederum von diesen genutzt werden, um politische Entscheidungen und Positionen besser einordnen zu können (Ohr et al. 2005).

Daher wird traditionsgemäß davon ausgegangen, dass politische Parteien im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat ein wichtiges Element darstellen (Dalton u. Wattenberg 2002). Politische Parteien erfüllen diese Aufgabe zunächst dadurch, dass sie die Interessen und Bedürfnisse der Wähler im Hinblick auf die politische Tagesordnung bündeln. Darüber hinaus strukturieren sie soziale Konflikte, besetzten Positionen auf gesellschaftlichen Konfliktlinien und bieten einen organisatorischen Rahmen für verschiedene soziale Gruppen in der Gesellschaft (Kitschelt 2000). Dies trifft vor allem auch auf Deutschland zu, wo sich die Volksparteien CDU/CSU und SPD entlang der traditionellen Konfliktlinien ‚Religiosität vs. Säkularismus‘ und ‚Arbeit vs. Kapital‘ positioniert haben (von Alemann 2001).

Diese traditionelle Funktion politischer Parteien, scheint jedoch, aufgrund des allgemeinen Trends der gesellschaftlichen Individualisierung, mehr und mehr an Bedeutung zu verlieren. Die Theorie der gesellschaftlichen Individualisierung geht davon aus, dass „kollektive und gruppenspezifische Sinnquellen“ in zunehmendem Maße aufgelöst und „entzaubert“ werden (Beck 1995, S. 185). Damit wird auch die soziale Grundordnung des Nationalstaats aufgelöst, was wiederum zu einer fragmentierten politischen Struktur führt, in der die großen traditionellen Organisationen wie politische Parteien und Gewerkschaften an Bedeutung

verlieren (Beck 1986). In Bezug auf politische Parteien wird dieser allgemeine Trend der Individualisierung durch die ‚Dealignment‘-Hypothese aufgegriffen. Diese beschreibt die abnehmende Bindung bestimmter Wählergruppen an traditionelle Parteien. Verschiedene Studien haben die schwächer werdende Parteibindung in Europa und insbesondere auch in Deutschland empirisch belegt (Arzheimer 2006; Dalton 2002; Dassonneville et al. 2012, Ohr et al. 2005). Obgleich in Europa der Anteil der Bürger, die sich mit einer politischen Partei identifizieren, in den letzten Jahren relativ stabil zu sein scheint (Hooghe u. Kern 2015), sprechen umfangreiche empirische Befunde für die Gültigkeit der Dealignment-Hypothese im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Im deutschen Parteiensystem wird die abnehmende Parteibindung nicht nur dadurch erkennbar, dass immer weniger Bürger angeben, eine PI zu haben, sondern auch dadurch, dass die durchschnittliche Stärke der PI abzunehmen scheint (Arzheimer u. Schoen 2005). Ausgehend von der Dealignment-Hypothese kann folglich angenommen werden, dass Bürger weniger stark durch kollektive Identitäten, wie beispielsweise die PI, beeinflusst werden. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass sie ihre politischen Entscheidungen auf Basis von individuellen Vorlieben und den Informationen treffen, die ihnen über die Medien vermittelt werden. Folglich kann angenommen werden, dass die politischen Parteien einen wichtigen Teil ihrer traditionellen Bedeutung für die Bindung der Bürger an den Staat verloren haben.

In anderen Studien wird jedoch darauf hingewiesen, dass sich nach einer Phase des Dealignment neue Formen von Realignment entwickeln könnten (Kitschelt u. Hellemans 1990). Dabei wird davon ausgegangen, dass dieses Realignment durch das Aufkommen von neuen kollektiven Identitäten, vor allem durch das Entstehen einer neuen Mittelklasse befördert wird. Grüne und links-liberale Parteien stellen dabei die wohl deutlichste politische Ausdrucksform dieser neuen Identitäten dar (Müller-Rommel 1993). Außerdem haben in den letzten Jahren, mit dem zunehmenden Erfolg populistischer und rechtsextremer Parteien, autoritäre Gruppen neue Formen des Realignments hervorgebracht (Mudde 2007). Die empirische Frage, die sich folglich stellt, ist, ob das Realignment, das am linken und rechten Rand des ideologischen Spektrums beobachtet werden kann, dem Dealignment, welches vor allem die traditionellen Volksparteien trifft, entgegenwirken kann.

In dieser Studie liegt das Augenmerk auf dem Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit. Demokratiezufriedenheit dient dabei als Indikator für politische Unterstützung. David Easton (1975) unterscheidet zwei Formen der politischen

Unterstützung: Einerseits, die spezifische Unterstützung, die mit dem Handeln der amtierenden politischen Führung eng verbunden ist. Im Mittelpunkt steht hier *was* die politische Führung tut und *wie* sie es tut. Andererseits die diffuse Unterstützung, die sich auf die grundlegenden Eigenschaften und normativen Probleme des politischen Systems bezieht (Easton 1975). Während die diffuse Unterstützung ein allgemeineres Gefühl von Unterstützung für grundlegende Werte und Institutionen beschreibt, bezieht sich die spezifische Unterstützung auf die Zufriedenheit mit dem „Ergebnis des Regierungshandels“ und auf die „Leistungen der amtierenden politischen Führung“ (Hetherington 1998). Regierungen werden daran gemessen, inwieweit sie die Anforderungen und Wünsche der Bürger erfüllen (Fuchs 1989). Daher ist die spezifische Form der politischen Unterstützung eng mit der Leistungsfähigkeit der Regierung verbunden. Obwohl die Bedeutung von Demokratiezufriedenheit nicht unumstritten ist (Canache et al. 2001; Linde u. Ekman 2003), wird in der Literatur größtenteils davon ausgegangen, dass sie die spezifische Form der Unterstützung, d. h. die Unterstützung für die amtierende politische Führung und ihr Handeln, widerspiegelt (Dalton 1999; Schmitt 1983). Damit stellt Demokratiezufriedenheit keine Messung der Demokratie als Ideal dar, sondern eine Evaluation der Funktionsweise der Demokratie.

Zwei Gründe können angeführt werden, warum es wichtig ist, die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland über die Zeit zu untersuchen: Erstens ist Demokratiezufriedenheit ein wichtiger Indikator für die Legitimität eines demokratischen Systems (Blais u. Gélinau 2007; Fuchs u. Rohrschneider 2001; Gabriel 1989). Da Demokratiezufriedenheit die Leistungsfähigkeit der amtierenden politischen Führung widerspiegelt, verweist sie auf die „output-orientierte“ Legitimität (Scharpf 1970, 1999). Diese Form der Legitimität steigt mit effektiven Entscheidungsprozessen, der Fähigkeit, Probleme zu lösen, und der effektiven Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen im politischen System („Herrschaft für das Volk“).

Zweitens hat die Demokratiezufriedenheit eine praktische Bedeutung für die Funktionsweise der Demokratie. Dalton (2004) geht davon aus, dass sich ein hohes Niveau von Demokratiezufriedenheit so auswirkt, dass Bürger freiwillig den Richtlinien, Vorschriften, Verfahren und Gesetzen des politischen Regimes Folge leisten. Folglich gefährdet eine nachlassende Zufriedenheit mit der Demokratie die Funktionsweise des demokratischen Systems, da die politischen Transaktionskosten steigen. Dalton (2004, S. 159) fasst diesen

Gedanken folgendermaßen zusammen: „Democracies function with a minimal coercive force because of the legitimacy of the system and the voluntary compliance of the public. Hence, high levels of satisfaction with democracy seem essential for the functioning of democracy.“

In diesem Zusammenhang ist aus der Literatur bekannt, dass politische Parteien eine wesentliche Rolle in der Konsolidierung der politischen Legitimation „von oben“ spielen (Anderson u. Just 2013, S. 358). Wie Anderson und Just (2013) zeigen, können politische Parteien über die PI die Unterstützung der Bürger für das politische System fördern, und zwar vor allem dann, wenn sie nach Regierungsämtern streben. Diese Beobachtung stimmt mit den Ergebnissen von Dennis und Owen (2001) überein, die zeigen, dass Bürger, die stark parteigebunden sind, die Funktionsweise des politischen Systems positiver bewerten. Es scheint folglich wenig verwunderlich, dass Gabriel (1992, S. 138) davon ausgeht, dass Parteien bei der Mobilisierung politischer Unterstützung „eine Schlüsselrolle spielen“ und der Bestand der Demokratie dann gefährdet ist, wenn die Unterstützung des politischen Systems zum Gegenstand des Parteienkonflikts wird.

Wendet man sich den Entwicklungen über Zeit hinweg zu, so findet man in der Literatur, dass die Demokratieuriedenheit in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist (Scheuer 2005). Dasselbe gilt auch für die PI. Arzheimer (2006) zeigt, dass der Rückgang der PI in Deutschland vor allem durch die Erosion der traditionellen sozialen Milieus verursacht wird, in denen früher die Stammwähler der Volksparteien zu finden waren. In den ersten beiden Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik identifizierten sich die deutschen Wähler überwiegend mit einer der größten Parteien: Während praktizierende Christen sich meist mit der einer der Unionsparteien identifizierten, stellte das Arbeitermilieu die klassische Wählerklientel der SPD dar. Parteibindung hing folglich stark mit der sozialen Klasse und der Religion zusammen und entwickelte sich somit entlang der beiden wichtigsten Konfliktlinien in Deutschland zu dieser Zeit: ‚Religiosität vs. Säkularismus‘ und ‚Arbeit vs. Kapital‘ (Baker et al. 1981; Pappi 1973; Pappi u. Brandenburg 2010). Mit der Schwächung dieser beiden Konfliktlinien ab den 1970er-Jahren nahm die Parteibindung zunehmend ab (Arzheimer u. Schoen 2005). Wie Niedermayer (2010) zeigt, ist der Niedergang der deutschen Volksparteien ein Ausnahmefall in Westeuropa, da nicht von einem generellen Niedergang der Volkspartien gesprochen werden kann.

Zwei Entwicklungen können beobachtet werden: Einerseits scheinen die traditionellen sozialen Milieus, das Arbeitermilieu und das christliche Milieu, zu schwinden (van Biezen u. Poguntke, 2014) und andererseits büßen die einstigen Volkspartien ihre Verankerung in diesen sozialen Milieus zunehmend ein (Arzheimer 2006; Gabriel u. Westle 2012). Wenn man davon ausgeht, dass die sozialen Milieus in Deutschland schwinden, dann scheint es wahrscheinlich, dass sich damit auch die Merkmale der Parteianhänger verändern. In den sechziger und frühen siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts war die Frage nach der Parteibindung für ein Gewerkschaftsmitglied oder einen praktizierenden Christen leicht zu beantworten. Dahingegen kann diese Verbindung zwischen sozialen Milieus und der PI heute nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden: Die Zugehörigkeit zu diesen sozialen Milieus scheint für die Entwicklung einer stabilen PI an Bedeutung verloren zu haben. Wenn die Parteibindung also weniger dadurch bedingt wird, welchem sozialen Milieu Bürger angehören, stellt sich die Frage, welche Faktoren die PI heute beeinflussen.

Wie in der Studie von Garcia (2013) wird auch in diesem Artikel angenommen, dass sich die Charakteristiken der Parteianhänger über die Jahre hinweg verändert haben. Während sich Bürger früher mit der Partei identifizierten, die mit ihrem sozialen Milieu verbunden war, wird erwartet, dass die Parteibindung heute vor allem von ideologischen Überzeugungen und politischen Interessen bestimmt wird (Abramowitz u. Saunders 1998, 2006; Dassonneville et al. 2012). Folglich kann davon ausgegangen werden, dass diejenigen, die sich auch heute noch mit einer politischen Partei identifizieren, ideologisch zutiefst von ‚ihrer‘ Partei überzeugt sind und damit auch die Werte und Normen dieser Partei besonders stark internalisieren. Dementsprechend wird erwartet, dass der Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit für diese kleiner gewordene Gruppe der Parteianhänger stärker geworden ist (Whiteley 2011).

In dieser Studie wird angenommen, dass die Parteibindung immer weniger auf Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und immer stärker auf ideologischen Überzeugungen beruht. Aus dieser Annahme resultiert die folgende Erwartung: Je mehr die Zahl der Parteianhänger zurückgeht, desto stärker teilen die übriggebliebenen Parteianhänger die Werte und Normen, die durch ‚ihre‘ Partei vermittelt werden. Es wird daher angenommen, dass der Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit über die Jahre stärker wurde. Diese Überlegung führt zur ersten Hypothese:

H1: Der Zusammenhang zwischen Parteiidentität und Demokratiezufriedenheit wurde über die Jahre stärker.

Allerdings wurde in der Literatur gezeigt, dass das Niveau der Demokratiezufriedenheit nicht nur davon abhängt, *ob* sich ein Bürger mit einer politischen Partei identifiziert oder nicht, sondern auch davon, *mit welcher Partei* ein Bürger sich identifiziert. Nicht nur das Bestehen einer PI, sondern auch die Art der PI spielt eine wichtige Rolle. Verschiedene Studien zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Parteibindung und Demokratiezufriedenheit stark davon abhängt, ob die Bürger eine Partei unterstützen, die die letzten Wahlen gewonnen hat (Anderson et al. 2005; Anderson u. Guillory, 1997; Blais u. Gélinau 2007; Gabriel, 1989). Diese Studien zeigen einen Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen den ‚Gewinnern‘ und den ‚Verlierern‘ der letzten Wahl, die sogenannte ‚satisfaction gap‘. ‚Gewinner‘ der letzten Wahl, (d.h. Bürger, die eine Partei unterstützen, die die letzte Wahl gewonnen hat) neigen dazu, mit der Funktionsweise der Demokratie deutlich zufriedener zu sein, als diejenigen, deren Partei nach der letzten Wahl in die Opposition gehen musste. Esaiasson (2011, S. 102) fasst drei Gründe zusammen, warum ‚Verlierer‘ unzufriedener sein könnten: Erstens, wenn man davon ausgeht, dass der Wähler die Wahlentscheidung auf Basis von sachlich-rationalen Erwägungen trifft und folglich die Partei unterstützt, für die der erwartete Nutzen am höchsten ist, dann ist der Nutzen des ‚Verlierers‘ vermutlich geringer als der des ‚Gewinners‘. Zweitens weckt Verlieren negative Emotionen (Pierce et al. 2016) und drittens motiviert das Bedürfnis nach kognitiver Konsistenz ‚Verlierer‘ im Nachhinein dazu, ihre Bewertung der Demokratiezufriedenheit an das Wahlergebnis anzupassen. Allerdings ist der Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ in verschiedenen politischen Systemen unterschiedlich groß. Anderson und Guillory (1997) weisen darauf hin, dass dieser Unterschied in den von Lijphart (1999, S. 275) als „kinder and gentler“ beschriebenen Konsensdemokratien, in denen demokratische Minderheiten stärker geschützt werden, weniger groß ist.

Diese ‚satisfaction gap‘, d.h. der Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘, wurde in Westeuropa zwischen 1996 und 2009 immer größer (Enyedi, 2014). Auch in Deutschland scheint eine solche Entwicklung besonders wahrscheinlich, da die ideologische Polarisierung im deutschen Parteiensystem in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Während der Zeitraum von 1949 bis 1976 von weniger ideologischer Intensität geprägt war, haben ideologische Differenzen im deutschen

Parteiensystem ab 1976 zugenommen (Williams 2008). Daher wird erwartet, dass der Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen den ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ der Wahl in den letzten Jahren größer wurde. Diese Überlegung mündet in der zweiten Hypothese:

H2: Der Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ wurde im Laufe der Jahre größer.

3. Daten, Operationalisierung und Methode

3.1 Daten

Während die erste Hypothese an sich nur den Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Demokratiezufriedenheit beschreibt, wird auf Grundlage der vorgelegten Theorie davon ausgegangen, dass es die PI ist, die Demokratiezufriedenheit beeinflusst. In einigen Studien wird jedoch argumentiert, dass eine umgekehrte Kausalbeziehung ebenfalls plausibel ist (Holmberg 2007). Der hier postulierte Mechanismus setzt voraus, dass Veränderungen in der PI Veränderungen in der Demokratiezufriedenheit zeitlich vorausgehen. Diese Änderungen auf individueller Ebene können analysiert werden, wenn Individuen wiederholt befragt werden. Daher sind Paneldaten gut geeignet, um die potenziellen Auswirkungen der PI zu untersuchen. Querschnittsdaten wären für die Beantwortung dieser Fragestellung ungeeignet, da alle Variablen gleichzeitig gemessen werden. Natürlich kann die Frage der Kausalität auch mit Paneldaten nicht eindeutig beantwortet werden, doch wird es mit diesem Design unwahrscheinlicher, dass der Mechanismus umgekehrt wirkt. Daher stützt sich diese Analyse auf die qualitativ hochwertigen Längsschnittdaten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Diese Daten werden im folgenden Abschnitt kurz beschrieben, bevor auf die Operationalisierung und das Analyseverfahren eingegangen wird.

Das SOEP ist eine repräsentative Längsschnittstudie deutscher Haushalte. Daten zu den Haushalten und ihren Mitgliedern werden seit 1984 jährlich erhoben, wodurch mittlerweile ein Zeitraum von über 30 Jahren abgedeckt wird (Wagner et al. 2007). Jährlich werden in fast 11.000 Haushalten alle erwachsenen Haushaltsmitglieder (alle Mitglieder die älter sind als 17 Jahre) befragt. Die Frage nach der Demokratiezufriedenheit der Befragten wurde bislang

fünfmal gestellt, in den Jahren 1987, 1988, 1989, 2005 und 2010.² Allerdings haben aufgrund von Panelmortalität und Panelpflege nicht alle Befragten an allen fünf Erhebungswellen teilgenommen. Um die 23 Jahre dennoch angemessen erfassen zu können, wurden ausschließlich Befragte berücksichtigt, die sowohl in einer der 1980er-Wellen als auch in einer der beiden jüngsten Wellen (entweder 2005 und/oder 2010) teilgenommen haben. Analysiert werden kann somit ein Datensatz mit 4.198 Befragten und 18.954 Beobachtungen.³ Aufgrund der Einschränkung, nur Befragte zu berücksichtigen, die sowohl an einer der 1980er Wellen als auch 2005 oder 2010 teilgenommen haben, werden ausschließlich Befragte in die Analyse aufgenommen, die im ehemaligen Westdeutschland leben, da Befragte aus der ehemaligen DDR erst seit der Wiedervereinigung 1990 Teil der Stichprobe sind. Allerdings werden die ostdeutschen Befragten in der Literatur auch aufgrund inhaltlicher Abwägungen häufig aus Analysen ausgeschlossen (Arzheimer u. Schoen 2005; Dalton 2012): Zum einen unterscheiden sich das ehemalige Ost- und Westdeutschland nach wie vor stark, was die politische Kultur und die politischen Einstellungen betrifft (Arzheimer 2006; Falter, Gabriel et al. 2000; Fuchs u. Rohrschneider 2001; Pollack 2004; Westle 2015). Das wird unter anderem damit begründet, dass der Prozess der demokratischen Sozialisation in den neuen Bundesländern noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann (Pickel u. Walz 1997). Zum anderen wurde die Relevanz und die Vergleichbarkeit der PI im relativ frisch demokratisierten Osten des Landes infrage gestellt (Schmitt-Beck et al. 2006).⁴

3.2 Operationalisierung und Methode

Die Parteiidentifikation ist die für diese Studie relevante unabhängige Variable. Für ihre Messung wird ein klassischer Indikator verwendet. Die Frage, die Rückschlüsse auf die PI erlaubt, wurde seit 1984 im SOEP in jedem Jahr erneut gestellt. Ob überhaupt eine PI vorliegt, kann anhand der folgenden Frage festgestellt werden: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“ Auf dieser Frage basierend wird der Unterschied zwischen

² Der Beobachtungszeitraum reicht von 1987 bis 2010, da die Frage nach der Demokratiezufriedenheit 1987 zum ersten und 2010 zum letzten Mal gestellt wurde.

³ Ungefähr 1 Prozent der Befragten wurden zweimal, 5 Prozent wurden dreimal und circa 35 Prozent wurden viermal befragt. Ungefähr 59 Prozent der Befragten haben an allen fünf Erhebungswellen teilgenommen.

⁴ Es werden ausschließlich Daten von Befragten in die Analyse aufgenommen, die 17 Jahre oder älter sind, in realisierten Haushalten leben und einen persönlichen Fragebogen (netto 10-19) erhalten haben. Mehr Informationen finden sich im Dokument „Documentation PPFAD“.
(https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.60060.de/ppfad.pdf)

Befragten mit und ohne PI durch eine Dummy-Variable erfasst, wobei die Variable den Wert ‚1‘ annimmt wenn eine PI vorliegt, während der Wert ‚0‘ darauf hinweist, dass dies nicht der Fall ist.

In Übereinstimmung mit bereits bestehenden Studien, die dieselben Daten verwenden (Dassonneville et al. 2012, Dassonneville u. Grieb 2014), wird festgestellt, dass der Anteil der Befragten mit PI über die Jahre abgenommen hat: Während 1987 noch 63 Prozent der Befragten angegeben haben, einer Partei zuzuneigen, sind es 2005 nur noch 49 Prozent. 2010 liegt der Anteil der Parteianhänger mit 53 Prozent wieder etwas höher. Um die Wahrscheinlichkeit eines umgekehrten Mechanismus (d.h. dass Demokratiezufriedenheit die PI beeinflusst) zu minimieren, wird bei der PI stets die Messung des Vorjahres verwendet (t-1).

Um die zweite Hypothese testen zu können, wird eine Variable benötigt, die es ermöglicht, die Befragten in ‚Gewinner‘ und ‚Verlierer‘ der letzten Wahlen einzuteilen. Diese Einteilung kann mithilfe der Frage, welcher Partei ein Befragter zuneigt, erfolgen. Im SOEP wird diese Frage jedoch nur denjenigen gestellt, die die erste Frage nach einer PI mit ‚Ja‘ beantwortet haben. Folglich kann zwischen drei Typen von Befragten unterschieden werden: Erstens die ohne PI, zweitens die, die sich mit einer Regierungspartei identifizieren, und drittens die, die sich mit einer Partei aus der Opposition identifizieren. Unter den parteigebundenen Bürgern schwankt der Anteil derer, die sich mit einer Regierungspartei identifizieren, zwischen 38 Prozent 1989 und 51 Prozent im Wahljahr 2005. Allerdings repräsentieren diese Anteile natürlich ganz unterschiedliche Parteianhänger: 1987, 1988, 1989 und 2010 wurde die Regierungskoalition aus Union und FDP gebildet. Im Wahljahr 2005 regierte eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen bis zur Wahl am 18. September, anschließend wurde eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet.

Die abhängige Variable Demokratiezufriedenheit basiert auf einer Frage, deren Formulierung sich im relevanten Zeitraum leicht geändert hat. 1987, 1988 und 1989 beinhaltete der SOEP Fragebogen die folgende Frage: „Kommen wir nun zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht?“ Die Antwortkategorien waren 1) sehr zufrieden, 2) ziemlich zufrieden, 3) etwas zufrieden, 4) etwas unzufrieden, 5) ziemlich unzufrieden, 6) sehr unzufrieden und 7) weiß nicht. 2005 und 2010 hingegen lautete die Frage: „Wie zufrieden

sind sie mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ In diesen beiden Jahren konnten die Befragten dadurch antworten, dass sie einen Wert auf einer Skala von 0 bis 10 angaben. 0 steht dabei für „ganz und gar unzufrieden“ und 10 steht für „ganz und gar zufrieden“. Da beide Fragen auf „das Niveau der Unterstützung für die Funktionsweise des politischen Regimes in der Praxis“ (Linde u. Ekman 2003, S. 405, *eigene Übersetzung*) abzielen, werden sie als vergleichbar und für die Beantwortung der Forschungsfrage angemessen betrachtet. Die Antwortkategorien der beiden Fragen werden in zwei Schritten aneinander angeglichen: Zunächst werden die Antwortkategorien der Frage, die in den achtziger Jahren gestellt wurde, gespiegelt, sodass höhere Werte ein größeres Maß an Demokratiezufriedenheit zum Ausdruck bringen. Anschließend werden die sechs Antwortkategorien dieser Frage auf eine Skala von 0 bis 10 umskaliert. Die so entstandene Variable hat einen Durchschnitt von 5,61 (SD=2,44). Betrug die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit 1987 noch 6,82 (SD=2,24), ging sie in den folgenden Befragungsjahren kontinuierlich auf 5,34 (SD=2,19) im Jahr 2010 zurück.⁵

Wie in der ersten Hypothese festgehalten, wird erwartet, dass der Zusammenhang zwischen der PI und der Demokratiezufriedenheit über die Jahre stärker wurde. Um dies adäquat testen zu können, muss für individuelle Merkmale kontrolliert werden, die ebenfalls die Demokratiezufriedenheit beeinflussen könnten.

Es wird davon ausgegangen, dass einige der für die Analyse relevanten Merkmale zeitunabhängig sind. Es handelt sich hierbei um Geschlecht, Geburtsjahr und Religion. Andere individuelle Merkmale verändern sich über Zeit. Zu diesen zählt der sozioökonomische Status der Befragten. Dieser wird anhand von zwei Variablen erfasst: das Bildungsniveau der Befragten einerseits und ihr Haushaltseinkommen andererseits. Studien zeigen, dass Bürger mit hohem Bildungsniveau und Einkommen (Anderson u. Guillory 1997; Armingeon u. Guthmann 2014) mit der Funktionsfähigkeit der Demokratie durchschnittlich zufriedener sind⁶. Anderson und Guillory (1997) zeigen außerdem, dass politisches Interesse eine wichtige Determinante von Demokratiezufriedenheit in Deutschland ist. Folglich wird auch für diese Variable in der Analyse kontrolliert.

⁵ Bei 13,5 Prozent aller Antworten auf die Frage nach der Demokratiezufriedenheit wurde die Antwortkategorie „Weiß nicht“ gewählt. Diese Antworten wurden in der Analyse nicht berücksichtigt.

⁶ Die Korrelation zwischen Bildungsniveau und monatlichem Haushaltseinkommen ist mit $r=0,28$ ($p<0,001$) relativ gering wodurch beide Variablen gleichzeitig in die Analyse aufgenommen werden.

Zuletzt wird eine Variable für die Zeit in die Analyse aufgenommen. Da 1987 das erste Jahr war, in dem Demokratiezufriedenheit erhoben wurde, wird dieses von jedem Jahr, in dem Daten erhoben wurden, abgezogen. Diese Variable zählt folglich die Jahre seit der ersten Erhebung von Demokratiezufriedenheit.

Eine Beschreibung aller Variablen findet sich in Tabelle 1.

Das Ziel dieser Studie ist es, zu untersuchen, ob der Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit über die Jahre stärker wurde. Daher wird eine Methode benötigt, die es ermöglicht, Veränderungen über die Zeit zu modellieren. Der Längsschnittdatensatz, der dieser Studie zugrunde liegt, beinhaltet Wiederholungsmessungen und ist folglich hierarchisch aufgebaut. Die hierarchische Datenstruktur ergibt sich aus den Beobachtungen (bzw. Befragungszeitpunkten), die innerhalb der Personen genestet sind (Gelman u. Hill 2007). Folglich kann ein Mehrebenenmodell herangezogen werden, bei dem für jede Person ein eigenes Wachstumsmodell geschätzt wird (Singer u. Willett 2003). Um die Hypothese zu testen, wird eine Interaktion zwischen der PI und der Zeitvariablen aufgenommen.

Tabelle 1: Beschreibung der verwendeten Variablen

	Anzahl der Beobach- -tungen	Durch- schnitt	Standard- abweich- ung	Min.	Max.	Missings in Prozent
Demokratiezufriedenheit	16.385	5,98	2,41	0	10	13,5
Parteiidentifikation (um 1 Jahr zeitversetzt: t-1) (Ja=1)	17.852	0,56	0,52	0	1	5,7
Art der Parteiidentifikation						
-Identifikation mit einer Regierungspartei	18.388	0,25	0,43	0	1	2,9
-Identifikation mit einer Oppositionspartei	18.388	0,32	0,47	0	1	2,9
-keine Parteiidentifikation*	18.388	0,43	0,50	0	1	2,9
Geschlecht (Weiblich=1)	18.940	0,52	0,50	0	1	0
Geburtsjahr	18.940	1949,43	13,83	1911	1972	0
Bildungsniveau	18.577	11,08	2,48	7	18	1,9
Haushaltseinkommen (/100 in Euro)	18.131	21,03	13,36	0	306,78	4,3
Politisches Interesse	18.241	2,25	0,80	1	4	3,7
Deutscher Staatsbürger (Ja=1)	18.928	0,83	0,37	0	1	0,1
Religion						
-Katholisch	17.238	0,42	0,49	0	1	9,0
-Evangelisch	17.238	0,38	0,48	0	1	9,0
-Andere Christliche Religionsgemeinschaft	17.238	0,06	0,24	0	1	9,0

-Islam	17.238	0,05	0,23	0	1	9,0
-Andere Religions- gemeinschaft	17.238	0,00	0,06	0	1	9,0
-Konfessionslos*	17.238	0,08	0,27	0	1	9,0
Religiöse Praxis	18.580	2,01	1,05	1	4	1,9
Zeit	18.940	7,95	9,27	0	23	0

Angaben: Die Ausfallzahlen wurden auf Grundlage aller 18.940 Beobachtungen (die in 4.198 Personen eingebettet sind) berechnet. Diese Stichprobengröße wird erreicht, wenn man ausschließlich die Befragten berücksichtigt, die sowohl in einer der Erhebungswellen in den achtziger Jahren, als auch in einer der jüngeren Wellen (2005 oder 2010) teilgenommen haben. Bei den mit * markierten Kategorien handelt es sich um die Referenzkategorien.

Quelle: SOEP v29, eigene Berechnung.

4. Empirische Befunde

In einem ersten Schritt wurde eine deskriptive Analyse durchgeführt, in welcher die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit von Bürgern mit und ohne Parteibindung mit Hilfe eines t-Tests verglichen wurde. Die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit von Bürgern mit PI beträgt 6,24 während die Zufriedenheit mit der Demokratie von Bürgern ohne PI 5,57 beträgt. Dieser Unterschied ist statistisch signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau. Um die Forschungsfrage zu beantworten, muss allerdings untersucht werden, ob sich dieser Unterschied im Laufe der Zeit verändert hat. Daher wird in Tabelle 2 die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit nach PI und Jahr dargestellt.

Tabelle 2: Durchschnittliche Demokratiezufriedenheit nach PI und Jahr

	1987		1988		1989		2005		2010	
PI	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Durchschnittliche Demokratie- zufriedenheit (auf einer Skala von 0 bis 10)	6,906	6,716	6,515	6,332	6,171	5,626	5,697	5,067	5,708	5,001
Differenz	0,190*		0,183		0,545***		0,630***		0,707***	
Anzahl der Beobachtungen	1.884	994	2.099	897	2.022	989	1.886	2.163	1.314	1.382

Angaben: Demokratiezufriedenheit wird auf einer Skala von 0 bis 10 gemessen. Die Unterschiede sind die durchschnittlichen Differenzen zwischen Befragten mit und ohne PI (durchschnittliche Demokratiezufriedenheit der Befragten ohne PI wurde von der durchschnittlichen Demokratiezufriedenheit der Befragten mit PI subtrahiert). Die statistische Signifikanz der Unterschiede wurde mit Hilfe eines Zweistichproben-t-Tests für unabhängige Stichproben ermittelt. Sign.: * < 0.05, ** < 0.01, *** < 0.001.

Tabelle 2 zeigt, dass Befragte mit PI über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg eine höhere Demokratiezufriedenheit hatten als die Befragten ohne PI. Dieser Unterschied ist in

allen Jahren, außer 1988, statistisch signifikant. Außerdem wird der Unterschied über die Jahre hinweg größer.

Um der Frage nachzugehen, ob sich der Effekt von PI auf die Demokratiezufriedenheit über die Zeit verändert hat, wurde im zweiten Schritt eine Mehrebenenanalyse für Längsschnittdaten durchgeführt. Dafür wurde zunächst das Nullmodell (*unconditional means model*) spezifiziert, welches noch keine erklärende Variablen enthält (Model I in Tabelle 3). Dieses Modell beinhaltet eine erste Schätzung der Varianzanteile auf den beiden Ebenen und dient so als Basismodell, mit dem die folgenden Modelle bezüglich ihrer Erklärungsleistung verglichen werden können. Dieses Modell zeigt die geschätzten Varianzen von Demokratiezufriedenheit zwischen den Befragungszeitpunkten ($\hat{\sigma}_{\epsilon}^2=3,991$) und zwischen den Befragten ($\hat{\sigma}_0^2=1,823$). Auf Grundlage der Varianzanteile kann der Intraklassenkorrelationskoeffizienten berechnet werden; dieser beträgt 0,314. Dies bedeutet, dass 31,4 Prozent der Varianz der Demokratiezufriedenheit auf die Unterschiede zwischen den Befragten zurückgeführt werden kann. Folglich sind beinahe 70 Prozent der Varianz der Demokratiezufriedenheit auf die Unterschiede zwischen den Befragungszeitpunkten (auf der ersten Ebene des Modells) zurückzuführen. Dies lässt bereits vermuten, dass den zeitvarianten Personenmerkmalen für die Erklärung der Demokratiezufriedenheit eine wichtige Rolle zukommen wird. Schließlich zeigt das erste Modell auch, dass die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit (*grand mean*) auf einer Skala von 0 bis 10 ungefähr 6 beträgt.

Das zweite Modell stellt ein Wachstumsmodell dar, in das ebenfalls noch keine erklärenden Variablen aufgenommen wurden außer der Zeit, die als linearer Parameter spezifiziert wurde (*unconditional growth model*). Der negative Effekt der Zeit bestätigt, was bereits in Tabelle 2 festgestellt wurde: Der negative Trend über die Zeit hinweg weist darauf hin, dass die Demokratiezufriedenheit in den 23 Jahren des Beobachtungszeitraums abgenommen hat. 26 Prozent der Varianz in Demokratiezufriedenheit innerhalb der Personen (und zwischen den Befragungszeitpunkten) kann bereits durch diesen Trend erklärt werden.

Im dritten Modell werden schließlich die PI sowie die Kontrollvariablen in die Analyse aufgenommen. PI hat, wie erwartet, einen statistisch signifikanten positiven Effekt auf die Demokratiezufriedenheit. Um jedoch testen zu können, ob sich dieser Effekt über die Jahre

verändert hat, muss ein Interaktionsterm zwischen PI und Zeit geschätzt werden. Dies geschieht im vierten Modell. Dabei zeigt sich, wie in der ersten Hypothese postuliert, ein positiver Effekt. Dies bedeutet, dass der positive Effekt von PI auf die Demokratiezufriedenheit über die Jahre stärker wurde.

Tabelle 3: Der Effekt der PI auf Demokratiezufriedenheit über die Zeit

	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
Konstante	5,962*** (0,029)	6,490*** (0,036)	-0,018 (4,011)	-0,296 (4,007)	-1,153 (3,995)	-1,858 (3,979)
<i>Zeitinvariante Variablen</i> (Niveau 2)						
Geschlecht (Weiblich=1)			-0,074 (0,057)	-0,074 (0,057)	-0,073 (0,056)	-0,071 (0,056)
Geburtsjahr			0,003 (0,002)	0,003 (0,002)	0,003 (0,002)	0,003 (0,002)
Religion (ref. Konfessionslos)						
Katholisch			0,341** (0,109)	0,339** (0,109)	0,296** (0,108)	0,283** (0,108)
Evangelisch			0,310** (0,106)	0,306** (0,106)	0,306** (0,105)	0,303** (0,105)
Andere Christliche Religionsgemeinschaft			0,578** (0,176)	0,596*** (0,176)	0,539** (0,175)	0,535** (0,175)
Islam			0,280 (0,152)	0,282 (0,151)	0,252 (0,151)	0,245 (0,151)
Andere Religionsgemeinschaft			-0,154 (0,562)	-0,137 (0,562)	-0,189 (0,560)	-0,183 (0,560)
<i>Zeitvariante Variablen</i> (Niveau 1)						
PI (t-1) (Ja=1)			0,271*** (0,044)	0,159 (0,059)		
Art der PI (ref. keine PI)						
Identifikation mit einer Regierungspartei					0,642*** (0,052)	
Identifikation mit einer Oppositionspartei					-0,046 (0,050)	
„Gewinner“ (ref. keine PI oder Identifikation mit einer Oppositionspartei)						0,847*** (0,065)
Zeit		-0,057*** (0,002)	-0,062*** (0,002)	-0,069*** (0,003)	-0,063*** (0,002)	-0,058*** (0,003)
Bildungsniveau			0,053*** (0,011)	0,052*** (0,011)	0,053*** (0,011)	0,053*** (0,011)
Monatliches Haushaltseinkommen (in Euro/100)			0,014*** (0,002)	0,014*** (0,002)	0,013*** (0,002)	0,013*** (0,002)
Politisches Interesse			0,054 (0,030)	0,049 (0,030)	0,054 (0,031)	0,052 (0,030)

Religiöse Praxis			0,158*** (0,027)	0,156*** (0,027)	0,133*** (0,026)	0,127*** (0,026)
Zeit * PI				0,012** (0,004)		
Zeit * ‚Gewinner‘						-0,017*** (0,005)
<i>Varianzschätzung</i>						
Niveau 1						
Residuum (σ_ε^2)	3,991 (0,056)	2,966 (0,049)	2,986 (0,050)	2,982 (0,051)	2,949 (0,050)	2,947 (0,050)
Niveau 2						
Konstante (σ_0^2)	1,823 (0,071)	2,706 (0,105)	2,601 (0,103)	2,598 (0,104)	2,449 (0,100)	2,425 (0,099)
Zeit		0,007 (0,000)	0,006 (0,000)	0,006 (0,000)	0,006 (0,000)	0,006 (0,000)
Kovarianz (Konstante- Zeit)		-0,072 (0,005)	-0,075 (0,005)	-0,075 (0,005)	-0,067 (0,005)	-0,066 (0,005)
Devianz	61,017	59,613	59,356	59,348	58,186	58,173
<i>N</i> Beobachtungen	13,619	13,619	13,619	13,619	13,404	13,404
<i>N</i> Befragte	3,668	3,668	3,668	3,668	3,660	3,660

Angaben: Die abhängige Variable ist Demokratiezufriedenheit. Standardfehler in Klammern. Sign.: * < 0.05, ** < 0.01, *** < 0.001.

Wie sich der Effekt von PI auf Demokratiezufriedenheit über die Zeit verändert, wird in Abbildung 1 grafisch dargestellt. Zunächst fällt vor allem der negative Trend über die Zeit hinweg auf. Diese Abnahme der Demokratiezufriedenheit zeigt sich sowohl für Bürger mit als auch für Bürger ohne PI. Über viele Jahre hinweg überlappen dabei die Konfidenzintervalle, woraus geschlossen werden kann, dass der Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen den beiden Gruppen nicht statistisch signifikant ist. Allerdings kann in den letzten Jahren des Beobachtungszeitraums ein signifikanter Unterschied festgestellt werden. Folglich bestätigt die Abbildung, was bereits in der Tabelle ersichtlich wurde: Während die Demokratiezufriedenheit stetig abnimmt, wird der Effekt der PI auf die Demokratiezufriedenheit stärker.⁷

⁷ Zusätzlich wurde untersucht ob sich der Effekt der Stärke der PI auf die Demokratiezufriedenheit über die Jahre hinweg verändert hat. Zu diesem Zweck wurden die Modelle III und IV erneut geschätzt, wobei nur die Befragten berücksichtigt wurden die angegeben haben eine PI zu haben (siehe Tabelle A im Anhang). Hierfür wurde eine Variable in die Modelle aufgenommen, die die Stärke der PI misst, welche von 1 „sehr schwach“ bis 5 „sehr stark“ reichen kann. Die Befunde zeigen, dass auch die Stärke der PI einen positiven Effekt auf die Demokratiezufriedenheit hat, allerdings ist dieser Effekt über die Zeit unveränderlich.

Abbildung 1: Der Effekt der PI auf Demokratiezufriedenheit über die Zeit

Angaben: Interaktionseffekt zwischen PI und Zeit. Die Abbildung basiert auf Modell IV, wobei alle anderen Variablen konstant gehalten werden. Zur Bestimmung der Konfidenzintervalle wurden Simulationen durchgeführt.

Allerdings wurde noch nicht berücksichtigt, welche Art der PI die Befragten haben, das heißt, mit welcher politischen Partei sie sich identifizieren. Daher wurde in Modell V eine Variable aufgenommen, die zwischen Befragten ohne PI, Befragten, die sich mit einer Regierungspartei identifizieren, und Befragten, die sich mit einer Oppositionspartei identifizieren, unterscheidet. Der allgemeine Effekt, den das Vorliegen einer PI hat, wird in diesem Modell nicht mehr geschätzt. Wie Modell V zeigt, werden Bürger, die sich zum Zeitpunkt des Interviews mit einer Regierungspartei identifizieren durch eine signifikant höhere Demokratiezufriedenheit gekennzeichnet, als Bürger die keine PI haben. Dieses Ergebnis bestätigt den bereits bestehende Befund, dass ‚Gewinner‘ mit der Funktionsfähigkeit des politischen Systems tatsächlich zufriedener sind (Anderson u. Guillory 1997; Anderson et al. 2007). Interessanterweise scheinen sich jedoch diejenigen, die sich mit einer Oppositionspartei identifizieren, in Bezug auf ihre Demokratiezufriedenheit nicht von den Befragten ohne PI zu unterscheiden. Die entstandene Lücke scheint folglich

weniger eine Lücke zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘, als eine Lücke zwischen ‚Gewinnern‘ und allen anderen zu sein. Folglich wird der allgemeine Effekt, den das Vorliegen einer PI hat, vor allem durch die ‚Gewinner‘ des politischen Wettbewerbs hervorgerufen.

Wie in der zweiten Hypothese postuliert, wird angenommen, dass die wachsende Bedeutung des allgemeinen Effekts der PI auf die wachsende Bedeutung der Zufriedenheitslücke zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ zurückzuführen ist. Dies wäre im Einklang mit den Befunden von Enyedi (2014), der zeigt, dass sich die Lücke in der Demokratiezufriedenheit zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ von 1996 bis 2009 in Westeuropa geweitet hat.

Um diese Annahme zu testen, wird in Model VI ein Interaktionsterm zwischen den ‚Gewinner‘ des politischen Wettbewerbs und der Zeit in das Modell aufgenommen. Da die ‚Verlierer‘ sich in ihrer Demokratiezufriedenheit jedoch nicht von den parteiungebundenen Bürgern unterscheiden, wird dieser Unterschied nicht mehr berücksichtigt. Die ‚Gewinner‘ werden somit mit allen anderen Befragten (das heißt mit Verlierern und Parteiungebundenen) verglichen. Wie Model VI zeigt, wurde der Effekt, den die Identifikation mit einer Regierungspartei auf die Demokratiezufriedenheit hat, über den Beobachtungszeitraum schwächer. Folglich kann dieser Effekt die zunehmende Stärke des allgemeinen Effekts der PI nicht erklären. Zwar ist der Effekt der Identifikation mit einer Regierungspartei signifikant positiv mit der Demokratiezufriedenheit verbunden, allerdings verliert er über den Beobachtungszeitraum an Stärke, was auch in Abbildung 2 deutlich wird.

Abbildung 2: Der Effekt der Identifikation mit einer Regierungspartei auf Demokratiezufriedenheit über die Zeit

Angaben: Interaktionseffekt zwischen der Identifikation mit einer Regierungspartei und Zeit. Die Abbildung basiert auf Modell VI, wobei alle anderen Variablen konstant gehalten werden. Zur Bestimmung der Konfidenzintervalle wurden Simulationen durchgeführt.

5. Diskussion und Fazit

Ziel dieser Studie war es, zu untersuchen, ob sich der Effekt der PI auf die Demokratiezufriedenheit in Deutschland über die Jahre verändert hat. Ausgehend von bestehenden Studien, die zeigen, dass die Parteibindung nachlässt und die Verwurzelung der ehemaligen Volkparteien CDU/CSU und SPD in ihren traditionellen sozialen Milieus schwächer wird, wurde angenommen, dass die Parteibindung immer stärker ideologisch begründet ist. Folglich wurde erwartet, dass sich auch die Parteianhänger verändert haben: Während Parteianhänger ‚ihre‘ Partei früher aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem der traditionellen Milieus heraus unterstützten, ist ihre Parteidentität heute stärker darauf basiert, dass sie die Normen und Werte ‚ihrer‘ Partei aus Überzeugung teilen. So ergab sich ein Wandel von einer PI aufgrund von Milieu-Zugehörigkeit hin zu einer Identifikation aus

Überzeugung. Da die meisten politischen Parteien die Unterstützung für das Parteiensystem und für demokratische Entscheidungsprozesse im Allgemeinen fördern und weil davon ausgegangen wird, dass die PI aus ideologischer Überzeugung mit einer besonders starken Identifikation mit den Werten der Partei einhergeht, wurde die Hypothese aufgestellt, dass der Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit über die Jahre stärker wurde. Diese Hypothese wird durch die Befunde unterstützt. Die PI hat einen positiven Effekt auf die Demokratiezufriedenheit und diese wurde über die Jahre stärker. In einer weiteren Analyse zeigte sich allerdings auch, dass der Effekt von PI auf Demokratiezufriedenheit durch diejenigen zustande kommt, die sich mit einer Regierungspartei identifizieren. Jedoch wurde in einem zusätzlichen Modell gezeigt, dass der Effekt der Identifikation mit einer Regierungspartei auf die Demokratiezufriedenheit, entgegen der Erwartung, über die Jahre immer schwächer wurde. Die Lücke zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ scheint zu schwinden. Folglich kann dieser Befund nicht erklären, warum der Effekt der PI im Allgemeinen über die Jahre an Stärke zugenommen hat.

Möglicherweise wird der Effekt der Identifikation mit einer Regierungspartei deshalb schwächer, weil die Periode von 2005 bis 2009 die einzige Periode im Beobachtungszeitraum ist, in der Deutschland von einer großen Koalition regiert wurde und sie außerdem das Ende des Beobachtungszeitraums markiert. Es könnte also sein, dass der Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ der Wahl nur vorübergehend kleiner wird, da sich in diesen letzten Jahren der Beobachtung ein relativ großer Teil der Bevölkerung zu den ‚Gewinnern‘ zählen kann. Ob diese Vermutung stimmt, müssen zukünftige Studien zeigen.

Eine weitere Frage, die es noch zu untersuchen gilt, ergibt sich aus dem Erfolg der neuen rechts-populistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Aus Studien ist bereits bekannt, dass die Demokratiezufriedenheit in Parteiensystemen zunimmt, wenn viele Policy-Positionen rund um die Position des Durchschnittswählers angeboten werden (Ezrow u. Xezonakis 2011). Wenn man also davon ausgeht, dass der Erfolg der AfD mit einer neuen Welle der ideologischen Polarisierung einhergeht, scheint es naheliegend, dass die Demokratiezufriedenheit in Zukunft weiter sinkt. Abgesehen davon ist fraglich, ob der positive Effekt der PI auf die Demokratiezufriedenheit auch für Bürger gilt, die sich mit der AfD identifizieren, zumal die AfD als „Anti-Establishment“ Partei beschrieben wird (Grimm 2015). Dieser Frage sollte in zukünftigen Studien nachgegangen werden.

Ob sich diese Vermutungen bestätigen oder nicht, ändert allerdings nichts an der bedeutendsten Schlussfolgerung dieser Studie: Obwohl die PI in Deutschland abnimmt, spielen politische Parteien nach wie vor eine wichtige Rolle für die Förderung der politischen Unterstützung. Außerdem konnte gezeigt werden, dass ihre Rolle in diesem Zusammenhang über die Jahre hinweg sogar an Bedeutung gewonnen hat. Ein hohes Niveau von Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie ist wünschenswert, da Demokratiezufriedenheit zum einen ein Indikator für die Legitimität des politischen Systems darstellt und sie zum anderen die politischen Transaktionskosten senkt, wodurch es für die Exekutive einfacher wird, politische Entscheidungen umzusetzen. Ausgehend von den Befunden dieser Studie kann geschlossen werden, dass Parteien in der deutschen Demokratie noch immer eine wichtige Rolle im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat spielen.

Allerdings muss hinzugefügt werden, dass sich dies nur für die Parteien bewahrheitet hat, die aus den letzten Wahlen als Sieger hervorgegangen sind. Aus normativer Sicht könnte dieser Befund problematisch sein, da Anderson und seine Kollegen (2007) zu dem Schluss kommen, dass lange Perioden ohne Wechsel in der Regierung die politische Unterstützung der ‚Verlierer‘ langsam erodieren lassen. In den ersten zwölf Jahren des Beobachtungszeitraums dieser Studie wurde die Regierung aus einer Koalition aus Union und der FDP gebildet. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen jedoch, dass sich dies nicht negativ auf die Demokratiezufriedenheit der ‚Verlierer‘ ausgewirkt zu haben scheint: Trotz dieser langen Zeit ohne Regierungswechsel unterscheiden sich die Anhänger einer Oppositionspartei in ihrer Demokratiezufriedenheit nicht von den Bürgern ohne PI. Darüber hinaus scheint sich die ‚Zufriedenheitslücke‘ zwischen den ‚Gewinnern‘ und den ‚Verlierern‘ (bzw. den Bürgern ohne PI) zu schließen.

Während die Längsschnittdaten des SOEP es ermöglichen, den Mechanismus hinter dem Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit zu beleuchten, ergeben sich durch die Verwendung dieser Daten auch Schwächen. Erstens gilt es zu beachten, dass der Fragebogen des SOEP nur eine Frage beinhaltet, die es ermöglicht, die Demokratiezufriedenheit zu erfassen. Damit kann nur eine Dimension der politischen Unterstützung untersucht werden, nämlich die Zufriedenheit mit der Funktionsweise des politischen Regimes. Es wäre natürlich wünschenswert, dass das SOEP weitere Indikatoren beinhaltet, die es erlauben, die politische Unterstützung zu messen (insbesondere Indikatoren

für die Erfassung der diffusen Unterstützung). Allerdings beinhaltet das SOEP keine Items, die zu diesem Zweck verwendet werden können.

Zweitens wurde in dieser Studie der Zusammenhang zwischen einer individuell und somit subjektiv wahrgenommenen Mitgliedschaft in einer Gruppe und einer politischen Einstellung beleuchtet. Unklar bleibt folglich, ob der Zusammenhang zwischen PI und Demokratiezufriedenheit substanzielle Folgen hat. Ob sich dieser Zusammenhang beispielsweise auch auf das politische Verhalten der Bürger auswirkt, bleibt ungewiss und könnte in künftigen Studien untersucht werden.

Eine dritte Schwäche der vorliegenden Studie ergibt sich aus der Einschränkung, nur Befragte zu berücksichtigen, für die es mindestens eine Messung aus den 1980er-Jahren sowie eine Messung aus 2005 oder 2010 gibt. Dadurch können nur Befragte in die Analyse aufgenommen werden, die im ehemaligen Westdeutschland leben und gegen Ende der 1980er-Jahre mindestens 17 Jahre alt waren. Die Studie analysiert somit Einstellungsänderungen bei Personen einer bestimmten Altersgruppe, die in einem bestimmten geografischen Gebiet leben. Folglich kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Befunde für die gesamte deutsche Bevölkerung repräsentativ sind.

Trotz alledem kann die Studie einen Beitrag zur Literatur über politische Parteien leisten, indem sie zeigt, dass Parteien in Deutschland noch immer eine wichtige Rolle spielen. Politische Parteien bieten Bürgern Mechanismen zur Identifikation und tragen damit zur politischen Legitimation ‚von oben‘ (Anderson u. Just 2013) bei. Folglich fungieren sie – nach wie vor – als wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgern und dem Staat.

Literatur

- Abramowitz, Alan I., und Kyle L. Saunders. 1998. Ideological Realignment in the U.S. Electorate. *The Journal of Politics* 60(3): 634–652.
- von Alemann, Ulrich. 2001. *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.
- Anderson, Christopher J., André Blais, Shaun Bowler, Todd Donovan, und Ola Listhaug. 2007. *Losers' Consent. Elections and Democratic Legitimacy*. Oxford: Oxford

University Press.

- Anderson, Christopher J., und Christine A. Guillory. 1997. Political Institutions and Satisfaction with Democracy. A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems. *American Political Science Review* 91(1): 66–81.
- Anderson, Christopher J., und Aida Just. 2013. Legitimacy from above. The Partisan Foundations of Support for the Political System in Democracies. *European Political Science Review* 5(3): 335–362.
- Andeweg, Rudy B. 2003. Beyond Representativeness? Trends in Political Representation. *European Review* 11(2): 147–161.
- Armingeon, Klaus, und Kai Guthmann. 2014. Democracy in Crisis? The Declining Support for National Democracy in European Countries, 2007–2011. *European Journal of Political Research* 53(3): 423–443.
- Arzheimer, Kai. 2006. ‘Dead Men Walking?’ Party Identification in Germany, 1977–2002. *Electoral Studies* 25: 791–807.
- Arzheimer, Kai, und Harald Schoen. 2005. Erste Schritte Auf Kaum Erschlossenem Terrain. Zur Stabilität Der Parteiidentifikation in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 46(4): 629–654.
- Baker, Kendall L., Russell J. Dalton, und Kai Hildebrandt. 1981. *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Bartels, Larry M. 2000. Partisanship and Voting Behavior, 1952–1996. *American Journal of Political Science* 44(1): 35–50.
- Bartels, Larry M. 2002. Beyond the Running Tally. Partisan Bias in Political Perceptions. *Political Behavior* 24(2): 117–150.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Westdeutscher Verlag.
- Beck, Ulrich. 1995. Die ‚Individualisierungsdebatte‘. In *Soziologie in Deutschland: Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder, theoretische Kontroversen*, Hrsg. Bernhard Schäfers, 185–198. Opladen: Leske und Budrich.
- van Biezen, Ingrid. 2004. Political Parties as Public Utilities. *Party Politics* 10(6): 701–22.
- van Biezen, Ingrid, und Thomas Poguntke. 2014. The Decline of Membership-Based Politics.

- Party Politics* 20(2): 205–216.
- Blais, André, und François Gélneau. 2007. Winning, Losing and Satisfaction with Democracy. *Political Studies* 55(2): 425–441.
- Budge, Ian, Ivor Crewe, und Dennis J. Farlie. 1976. *Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition*. London: John Wiley & Sons.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Canache, Damarys, Jeffery J. Mondak und Mitchell A. Seligson. 2001. Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy. *Public Opinion Quarterly* 65(4): 506–528.
- Clarke, Harold D., und Marianne C. Stewart. 1998. The Decline of Parties in the Minds of Citizens. *Annual Review of Political Science*: 357–378.
- Dalton, Russel J. 1999. Political Support in Advanced Industrial Democracies. In *Critical citizens: Global support for democratic governance*, Hrsg. Pippa Norris, 57–77. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J. 2002. The Decline of Party Identifications. In *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Hrsg. Russell J. Dalton und Martin P. Wattenberg, 19–36. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J. 2004. *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J. 2012. Apartisans and the Changing German Electorate. *Electoral Studies* 31: 35–45.
- Dalton, Russell J. 2014. Interpreting Partisan Dealignment in Germany. *German Politics* 23(1-2): 134–144.
- Dalton, Russell J., David M. Farrell, und Ian McAllister. 2011. *Political Parties and Democratic Linkage. How Parties Organize Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J., und Martin P. Wattenberg, eds. 2002. *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.

- Dassonneville, Ruth, und Annika Grieb. How Partisanship is Strengthened in Election Times: A Longitudinal Analysis using the German Socio-Economic Panel, 1984-2012. Arbeitspapier präsentiert bei der 13th Belgian Dutch Political Science Conference, 12.-13. Juni 2014, Maastricht.
- Dassonneville, Ruth, Marc Hooghe, und Bram Vanhoutte. 2012. Age, Period and Cohort Effects in the Decline of Party Identification in Germany. An Analysis of a Two Decade Panel Study in Germany (1992–2009). *German Politics* 21(2): 209–227.
- Dennis, Jack, und Diana Owen. 2001. Popular Satisfaction with the Party System and Representative Democracy in the United States. *International Political Science Review* 22(4): 399–415.
- Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5(4): 435–457.
- Enyedi, Zsolt. 2014. The Discreet Charm of Political Parties. *Party Politics* 20(2): 194–204.
- Esaiasson, Peter. 2011. Electoral losers revisited – How citizens react to defeat at the ballot box. *Electoral Studies* 30(1): 102–113.
- Ezrow, Lawrence, und Georgios Xezonakis. 2011. Citizen Satisfaction With Democracy and Parties' Policy Offerings. *Comparative Political Studies* 44(9): 1152–1178.
- Falter, Jürgen W. 1977. Einmal mehr: Lässt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf Deutsche Verhältnisse übertragen? Theoretische, methodologische und empirische Probleme einer Validierung des Konstrukts ‚Parteiidentifikation‘ für die Bundesrepublik Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 18(2/3): 476–500.
- Falter, Jürgen W., Oscar W. Gabriel, und Hans Rattinger (Hrsg.). 2000. *Wirklich Ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Falter, Jürgen W., Harald Schoen und Claudio Caballero. 2000. Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik. In *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Hrsg. Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, und Dieter Ohr, 235–271. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fuchs, Dieter. 1989. *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Fuchs, Dieter und Robert Rohrschneider. 2001. Der Einfluß politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase, 245–282. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Gabriel, Oscar W. 1989. Regierungswechsel und politische Unterstützung. Implikationen des Parteienwettbewerbs für die Struktur politischer Unterstützung in der Demokratie. *Politische Vierteljahresschrift* 30(1): 75–93.
- Gabriel, Oscar W. 1992. Der demokratische Verfassungsstaat im Parteienkonflikt. Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung vier westeuropäischer Demokratien. In *Der Demokratische Verfassungsstaat. Theorie, Geschichte, Probleme; Festschrift Für Hans Buchheim Zum 70. Geburtstag*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, 135–153. München: Oldenbourg.
- Gabriel, Oscar W. 1997. Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs. In *Parteiendemokratie in Deutschland*, Hrsg. In Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, und Richard Stöss, 233–254. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W., and Bettina Westle. 2012. *Wählerverhalten in der Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.
- Garzia, Diego. 2013. Changing Parties, Changing Partisans: The Personalization of Partisan Attachments in Western Europe. *Political Psychology* 34(1): 67–89.
- Gelman, Andrew, und Jennifer Hill. 2007. *Data Analysis Using Regression and Multilevel/Hierarchical Models*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerber, Alan S., Gregory A. Huber, und Ebonya Washington. 2010. Party Affiliation, Partisanship, and Political Beliefs: A Field Experiment. *American Political Science Review* 104(4): 720–744.
- Goren, Paul. 2005. Party Identification and Core Political Values. *American Journal of Political Science* 49(4): 882–897.
- Green, Donald Philip, und Bradley Palmquist. 1990. Of Artifacts and Partisan Instability. *American Journal of Political Science* 34(3): 872–902.
- Greene, Steven. 2004. Social Identity Theory and Party Identification. *Social Science Quarterly* 85(1): 136–153.

- Grimm, Robert. 2015. The rise of the German Eurosceptic party Alternative für Deutschland, between ordoliberal critique and popular anxiety. *International Political Science Review* 36(3): 264–278.
- Hetherington, Marc J. 1998. The Political Relevance of Political Trust. *American Political Science Review* 92(4): 791–808.
- Hibbing, John R., und Elizabeth Theiss-Morse. 1999. *Congress as Public Enemy. Public Attitudes Toward American Political Institutions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Holmberg, Sören. 2007. Partisanship Reconsidered. In *The Oxford Handbook of Political Behavior Behaviour*, Hrsg. Russell J. Dalton and Hans-Dieter Klingemann, 557–570. Oxford: Oxford University Press.
- Hooghe, Marc, und Anna Kern. 2015. Party Membership and Closeness and the Development of Trust in Political Institutions. An Analysis of the European Social Survey, 2002-2010. *Party Politics* 21(6): 944–956.
- Katz, Richard S., und Peter Mair (Hrsg.). 1992. *Party Organizations: A Data Handbook on Party Organizations in Western Democracies, 1960-90*. London: Sage.
- Kelly, Caroline. 1988. Intergroup Differentiation in a Political Context. *British Journal of Social Psychology* 27(4): 319–332.
- Kelly, Caroline. 1989. Political Identity and Perceived Intragroup Homogeneity. *British Journal of Social Psychology* 28(3): 239–250.
- Kitschelt, Herbert P. 2000. Linkages between Citizens and Politicians in Democratic Polities. *Comparative Political Studies* 33(6-7): 845–879.
- Kitschelt, Herbert P., und Staf Hellemans. 1990. *Beyond the European Left: Ideology and Action in the Belgian Ecology Parties*. Durham: Duke University Press.
- Kroh, Martin. 2011. Die abnehmende Bedeutung des Elternhauses: Intergenerationale Übertragung von Parteibindungen in Deutschland 1984 bis 2010. *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 45: 210–233.
- Kroh, Martin, und Peter Selb. 2009. Inheritance and the Dynamics of Party Identification. *Political Behavior* 31(4): 559–574.
- Lewis-Beck, Michael S., William G. Jacoby, Helmut Norpoth, und Herbert F. Weisberg.

2008. *The American Voter Revisited*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Linde, Jonas, und Joakim Ekman. 2003. Satisfaction with Democracy. A Note on a Frequently Used Indicator in Comparative Politics. *European Journal of Political Research* 42(3): 391–408.
- Miller, Warren E. 1991. Party Identification, Realignment, and Party Voting. Back to the Basics. *American Political Science Review* 85(2): 557–568.
- Mudde, Cas. 2007. *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller-Rommel, Ferdinand. 1993. *Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsprozesse und Erfolgsbedingungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Niedermayer, Oskar. 2010. Von Der Zweiparteiendominanz Zum Pluralismus: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im westeuropäischen Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 51: 1–13.
- Niedermayer, Oskar. 2015. *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 25. Berlin: FU Berlin.
- Ohr, Dieter, und Markus Quandt. 2011. Parteiidentifikation in Deutschland: Eine empirische Fundierung des Konzepts auf Basis der Theorie Sozialer Identität. *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 45: 179–202.
- Ohr, Dieter, Markus Quandt, und Hermann Dülmer. 2005. Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels, und Jürgen W. Falter, 434–458. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pappi, Franz Urban. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 191–213.
- Pappi, Franz Urban, und Jens Brandenburg. 2010. Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (3): 459–483.
- Pappi, Franz Urban, und Susumu Shikano. 2002. Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54(3): 444–475.

- Pickel, Gert, und Dieter Walz. 1997. Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen. *Politische Vierteljahresschrift* 38(1): 27–49.
- Pierce, Lamar, Todd Rogers, und Jason A. Snyder. 2016. Losing Hurts: The Happiness Impact of Partisan Electoral Loss. *Journal of Experimental Political Science* 3(1): 44–59.
- Pollack, Detlef. 2004. Support for Democracy in Eastern and Western Germany: An Attempt to Explain the Differences. *European Journal of Sociology* 45(2): 257–272.
- Rudzio, Wolfgang. 2011. *Das Politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scharpf, Fritz W. 1970. *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Scharpf, Fritz W. 1999. *Regieren in Europa: Effektiv und Demokratisch?* Frankfurt am Main: Campus.
- Scheuer, Angelika. 2005. Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau: eine europäisch-vergleichende Analyse. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 33: 8–11.
- Schmidt, Manfred G. 2007. *Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder*. München: Beck.
- Schmitt, Hermann. 1983. Party Government in Public Opinion: A European Cross-National Comparison. *European Journal of Political Research* 11(4): 353–376.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, und Stefan Weick. 2001. Die Dauerhafte Parteiidentifikation - nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 26:1–5.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, Stefan Weick, und Bernhard Christoph. 2006. Shaky Attachments. Individual-Level Stability and Change of Partisanship among West German Voters, 1984-2001. *European Journal of Political Research* 45(4): 581–608.
- Singer, Judith D., und John B. Willett. 2003. *Applied Longitudinal Data Analysis. Modeling Change and Event Occurrence*. Oxford: Oxford University Press.
- Spier, Tim, Markus Klein, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, und Katharina Rohrbach (Hrsg.). 2011. *Parteimitglieder in Deutschland*.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Wagner, Gert G., Joachim R. Frick, und Jürgen Schupp. 2007. The German Socio-Economic Panel Study (SOEP). Scope, Evolution and Enhancements. *Schmollers Jahrbuch* 127(1): 139–169.
- Webb, Paul, David M. Farrell, und Ian Holliday. 2002. *Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Weisberg, Herbert F., und Steven Greene. 2003. The Political Psychology of Party Identification. In *Electoral Democracy*, Hrsg. Michael MacKuen and George Rabinowitz, 83–124. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Westle, Bettina. 2015. German Views of the Political System. *German Politics*, 24(3): 317–353.
- Whiteley, Paul F. 2011. Is the Party Over? The Decline of Party Activism and Membership across the Democratic World. *Party Politics* 17(1): 21–44.
- Williams, Michelle Hale. 2008. Kirchheimer Revisited: Party Polarisation, Party Convergence, or Party Decline in the German Party System. *German Politics* 17(2): 105–123.

Anhang

Tabelle A: Der Effekt der Stärke der PI auf die Demokratiezufriedenheit über die Zeit

	Modell I		Modell II	
Konstante	-2,103	(5,081)	-1,830	(5,084)
<i>Zeitinvariante Variablen (Niveau 2)</i>				
Geschlecht (Weiblich=1)	-0,148*	(0,071)	-0,148*	(0,071)
Geburtsjahr	0,004	(0,003)	0,003	(0,003)
Religion (ref. Konfessionslos)				
Katholisch	0,210	(0,132)	0,209	(0,132)
Evangelisch	0,203	(0,126)	0,200	(0,126)
Andere Christliche Religionsgemeinschaft	0,128	(0,285)	0,137	(0,285)
Islam	0,369	(0,189)	0,367	(0,189)
Andere Religionsgemeinschaft	0,805	(1,003)	0,825	(1,003)
<i>Zeitvariante Variablen (Niveau 1)</i>				
Stärke der PI	0,103**	(0,034)	0,062	(0,044)
Zeit	-0,054***	(0,003)	-0,072***	(0,012)
Bildungsniveau	0,056***	(0,014)	0,056***	(0,014)
Monatliches Haushaltseinkommen (in Euro/100)	0,012***	(0,002)	0,012***	(0,002)
Politisches Interesse	0,008	(0,042)	0,005	(0,042)
Religiöse Praxis	0,216***	(0,034)	0,215***	(0,034)
Zeit * Stärke der PI	0,005	(0,003)	0,005	(0,003)
<i>Varianzschätzung</i>				
Niveau 1				
Residuum (σ_{ε}^2)	2,930	(0,068)	2,928	(0,068)
Niveau 2				
Konstante (σ_0^2)	2,695	(0,132)	2,700	(0,132)
Zeit	0,006	0,001	0,006	(0,001)
Kovarianz (Konstante-Zeit)	-0,079	(0,007)	-0,079	(0,007)
Devianz		33.863		33.861
$N_{\text{Beobachtungen}}$		7.760		7.760
N_{Befragte}		2.720		2.760

Angaben: Die abhängige Variable ist Demokratiezufriedenheit. Standardfehler in Klammern. Sign.: * < 0.05, ** < 0.01, *** < 0.001.